

man 1910 Pius X. ein Exemplar der Zeitschrift überreichen ließ und versicherte, „wie bisher so auch in Zukunft den heiligen katholischen Glauben und die Rechte unserer heiligen katholischen Kirche nach Kräften zu vertreten und zu verteidigen“, darf als Versuch gewertet werden, einen noch engeren Anschluss an die kirchlichen Vorgaben zu suchen. Der Zeitschrift selbst half dies wenig. Nach einer kurzen und eher verhaltenen Aufschwungphase setzte – freilich auch kriegsbedingt – 1914 das Sterben der Zeitschrift ein, bis sie 1920 eingestellt wurde. Wiederbelebungsversuche wurden offenbar keine unternommen.

Im zweiten, thematisch orientierten Teil ihrer Studie wertet Nickel die ThPM unter den Überschriften „Facetten priesterlicher Existenz“, „Seelsorge in einer sich wandelnden Gesellschaft“, „Predigt“, „Der Priester in Schule und Katechese“ sowie „Klerus und theologische Wissenschaft“ aus. Mit diesem Gliederungsschema beschränkt sie sich sachgerecht auf die traditionellen Themenbereiche einer priesterlichen Standeszeitschrift. Erst die Untergliederung zeigt jedoch, was sich hinter den Chiffren alles versteckt. Hier werden „übernatürliche Erscheinungen“ ebenso thematisiert wie „Krieg als Herausforderung für die Seelsorge“, das gespannte Verhältnis zwischen Pfarrern und Lehrern ebenso wie katechetische Methodendiskussionen, der Modernismustreit ebenso wie die kirchlich-theologische Auseinandersetzung mit Evolutionstheorie und Monismus. So weitest sich die Studie unversehens zu einem Panoptikum der an Umbrüchen reichen Kirchen-, Frömmigkeits- und Theologiegeschichte zwischen 1890 und 1920.

Die Darstellung ist klar, übersichtlich und kenntnisreich. Die einzelnen Kapitel werden jeweils durch Zusammenfassungen abgeschlossen. Dem Rezensenten zu knapp ausgefallen ist das Resümee am Ende der Studie. Zu gerne würde man hier noch einmal kompakt Antworten auf die eingangs (S. 3) gestellten Fragen lesen. Insbesondere hätte unter Einbeziehung der inhaltlichen Analyse der Zeitschrift nach den „inneren“ Gründen für das 1920 erfolgte Ende des Standesorgans und nach möglichen Rückschlüssen auf die Situation des Klerus gefragt werden können. Neben einem Personenregister bietet Nickel im Anhang ihrer inhaltsreichen Untersuchung zahlreiche Tabellen und Diagramme, in denen Artikel und Autoren nach Inhalt („wissenschaftlich“ – „praktisch“), Umfang, fachwissenschaftlicher Zuordnung und funktionspezifischer Gruppenzugehörigkeit aufgeschlüsselt werden (zur Grundlage vgl. S. 5, Anm. 23). Wer weiß, wie viel Mühen ein Sachregister bereitet, verzeiht das Fehlen eines

solchen; dem Band hätte man es jedoch gewünscht.

Würzburg

Dominik Burkard

*Sévenet, Jacques: Les paroisses parisiennes devant la séparation des Églises et de l'État 1901-1908, préface de Valentine Zuber, Paris, Letouzey & Ané, 2005, 316 S., Kart., 2-7063-0233-X.*

Diese historische Rekonstruktion des Lebens katholischer Gemeinden in Paris zu Beginn des 20. Jahrhunderts stützt sich auf eine reichhaltige und vielfältige Quellenbasis: Gemeindeakten, kirchliche Nachrichten, Bücher der Kirchenverwaltung, Zeitungen, Protokolle von öffentlichen Konferenzen, Polizeiberichte usw. Der rezensierte Band veröffentlicht die Ergebnisse einer religionswissenschaftlichen Dissertation. Der Autor, ein Pfarrer im Großraum Paris, beginnt mit einem Exposé zur Situation der katholischen Kirche in Paris am Vorabend der Trennungsgesetze. Zu dieser Kirche zählten 70 Gemeinden in der Stadt selbst und 78 Gemeinden im Banlieue, welche wiederum in drei Archidiakonate aufgeteilt waren. Der Klerus entstammte weitestgehend den ländlichen Regionen Frankreichs und hatte die Bevölkerung bei ihrer großen Landflucht in Richtung Hauptstadt begleitet. Unmittelbar vor Verabschiedung der Trennungsgesetze wurden die Kirchen nur teilweise vom Staat finanziert, aber dessen moralische und politische Vormundschaft wog schwer. Die Untersuchung der Haltungen des Klerus, insbesondere gegenüber dem ihn umgebenden Antiklerikalismus zeigt, dass die katholischen Kreise angesichts einer strukturellen Entchristianisierung gekennzeichneten Zeitlage weit davon entfernt waren, gegenüber der laizistischen Politik eine einmütige Haltung einzunehmen.

Danach stellt der Autor die katholischen Handlungsträger der Periode vor, beginnend mit Kardinal Richard, Erzbischof von Paris. Danach erstellt er Portraits einiger exemplarischer Priester und beschreibt „den Gemeindekalendar eines außergewöhnlichen Jahres“. Die Untersuchung dieses Jahresverlaufs zeigt, dass das Trennungsgesetz zwar in den Köpfen gegenwärtig, jedoch im Rahmen der dringlichsten Angelegenheiten der Gemeinden zweitrangig war. Von großer mentaler Bedeutung war die Furcht vor einem Schisma der französischen Kirche angesichts der zugespitzten Konfliktlage.

In einem dritten Kapitel zeigt der Autor die Konflikttypologie der beiden „Frankreiche“, wie sie sich in den öffentlichen Zusammenkünften zeigte, die in Paris im Lauf des Jahres

1905 abgehalten wurden. Während sich auf der einen Seite das katholische und nationalistische Frankreich mobilisierte, ging auf der anderen Seite das emanzipierte Frankreich der militanten Antikleriker, vor allem die Mitglieder von Freimaurergesellschaften, zum Angriff über. Eine Mittelposition wurde von den Katholiken eingenommen, die sich „emanzipieren“ wollten, wie das *Mouvement du Sillon* und die *Action libérale*; sie versuchten mit dem Staat einen Kompromiss auszuhandeln.

Das darauffolgende Kapitel widmet sich der Inventur der Pariser Kirchengüter. Der Autor erinnert daran, dass eine solche Inventur in den Zeiten des Konkordatsystems eine gängige Praxis war, was vielfach bereitwillig übersehen wird. Wenn auch die Mehrheit der Gemeinden sich damit abfand, eine Inventur vornehmen zu lassen (übrigens gemäß den Anweisungen des Erzbischofs), war das dennoch nicht überall der Fall: einige Priester protestierten geschlossen und die Gemeindeglieder zögerten in einigen Fällen nicht, sich mit Unterstützung von außen entschieden den Vertretern des Staats zu widersetzen. Die durch die Trennung geschaffene Situation hat in der Kirche zu einer Haltung der Verzweiflung und des Verlassenheitsgefühls geführt, welche sich fragte, was mit der eben erhaltenen Freiheit anzufangen sei und wo sie das für ihr Leben notwendige Geld finden sollte. Die Gemeindeglieder suchten Rat bei ihren Pfarrern, um eine politische Wahlentscheidung treffen zu können. Der Ertrag der Kirchensteuer, die 1906 eingerichtet wurde und ihr grundlegendes Auskommen sichern sollte, ist bis zum Ersten Weltkrieg stetig gesunken. Also musste man andere Einkünfte finden und einige zögerten nicht, eine reguläre Erwerbsarbeit der Priester in Betracht zu ziehen. Noch besorgniserregender schien sich die Frage nach Gemeindeverbänden auszuwirken, deren Gründung vom Heiligen Stuhl abgelehnt worden war. Hier und dort ließen sich glückliche Einigungen finden. Die Priester gründeten Gemeindeverbände nach dem Verbandsgesetz von 1901. Deren Existenz bestimmte Briand, den Präsident des Regierungsrates, unklare Punkte im Gesetz von 1905 zu präzisieren, während der Pariser Erzbischof die Verantwortlichen der Gemeinden darauf einstimme, Gemeinderäte zu ernennen und zu unterstützen. Die Gründung von Priestergewerkschaften in den Pariser Vororten hatte hier ihren Ursprung, um solidarische und finanziell tragfähige Lebensformen zu ermöglichen. Die Gründung des Priesterrates, der die Interessen des Klerus vertrat, und der Vollversammlung der französischen Bischöfe waren ebenso Antworten auf die neuen Erforder-

nisse. Der Autor untersucht den Diskussionsverlauf: Gegenangriffe der „grünen Kardinäle“, Gründung einer Arbeitskommission durch Kardinal Richard, erste Vollversammlung des Episkopats und die Reaktion Roms auf die Art und Weise, in der die dortige Ablehnung der sog. „Kultgemeinschaften“ umgangen wurde, Befangenheit der „Laien“, zweite Vollversammlung des Episkopats und Einschreiten der Kanonisten, Debatte im „*Ami du clergé*“, die Zurückweisung von schismatischen Kultgemeinschaften. Daraufhin organisierte sich die Kirche von Paris und ihre Gemeinden. Angesichts des rechtsfreien Raumes, der durch die Ablehnung von Kultgemeinschaften entstanden war, wurde am 2. Januar 1907 ein neues Gesetz verabschiedet, welches das Gesetz von 1905 den Gegebenheiten anpasste und den Begriff der Kultausbübung präziserte. Dies mobilisierte die Gemeinden erheblich. Die Pariser Priestergewerkschaft, deren Engagement der Autor vorführt, baute eine Kirche auf, welche Teil der Zivilgesellschaft war und ähnlich breite Themenfelder wie die zeitgenössische Presse behandelte: vor allem Unterstützung bei der Erwerbsarbeit, Widerstand gegenüber Handelsmonopolen, der Kampf um die Eroberung des Marktes. Der Autor stellt durchaus auch Fragen zur Entwicklung des Priesterbildes: Welcher Priestertyp entstand hier, und für welche Mission und Aufgabe?

Der Autor resümiert in einem langen Schlusskapitel den „Konflikt der beiden Frankreichs“ (S. 247–269). Die Trennung sollte den Pariser Priestern die Befreiung von der administrativen Vormundschaft und die Entwicklung von Gemeindeorganisationen ermöglichen, vor allem in den am stärksten benachteiligten Stadtvierteln. Zudem zeigt der Autor, dass die Neutralität des Staats keineswegs eine Proklamation von Gleichgültigkeit gegenüber der zeitgenössischen religiösen Lebenswelt darstellte. Mit der Trennung hatte die katholische Kirche an Dynamik dazu gewonnen, welche die Priester in ihrer Rolle als Missionare bestätigte und die Unabhängigkeit von Berufungen und Priesterkarrieren erlaubte, welche nur auf gesicherten Broterwerb gezielt hatten; alles das ermöglichte neue Reflexionen über das Bekehrungs- und Missionsengagement der Kirche. „Dem Kampf um die Trennung wird das Verdienst zuzusprechen sein, dass die katholische Kirche lernte, dass sie nicht unbedingt verlieren muss, wenn sie sich dem Staat widersetzt. Zudem konnte das republikanische Frankreich sehr wohl religiöse Strömungen integrieren, ohne einen Verlust seiner Identität zu riskieren“ (S. 269). Dennoch wurde die Trennung zweifelsohne ein Faktor für die Dechristianisierung des Landes.

Am Ende der Untersuchung ist eine Bibliographie (S. 271–289) angefügt. Eine erste Anlage zeigt die Pariser Gemeinden der Zeit, die zweite Anlage enthält den Text des Gesetzes vom 9. Dezember 1905. Der Gesetzestext vom 2. Januar 1907 jedoch fehlt, obwohl er auf S. 221 angekündigt ist. Es folgt ein Personenregister.

Paris

Dominique Le Tourneau

*Klein, Michael: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963, Tübingen: Mohr Siebeck 2005 (Beiträge zur historischen Theologie. 129), XVI, 427 S., 3–16–148493–2.*

Die Wuppertaler kirchengeschichtliche Habilitationsschrift behandelt die Stellung des Protestantismus zu den politischen Parteien in der jungen Bundesrepublik. Als Untersuchungszeitraum wird die Adenauer-Ära gewählt, mithin eine Zeitspanne, in der die deutsche Gesellschaft nach dem Nationalsozialismus erst langsam begreifen musste, was es mit „Demokratie“, „Parlamentarismus“ und „Parteien“ eigentlich auf sich hatte. Denn nicht nur im Protestantismus, wenngleich dort besonders ausgeprägt, war die Anti-Parteien-Rhetorik aus der Weimarer Zeit noch lebendig, die aus dem Kaiserreich stammte, dem Liberalismus insbesondere in seiner westeuropäischen und atlantischen Spielart feindlich gesonnen und entweder an der traditionellen Thron- und Altar-Mentalität oder an der vormals modernen Idee der Volksgemeinschaft orientiert war. Der Katholizismus hingegen stand dem Parlamentarismus und Parteiensystem näher, denn er verfügte seit der Reichsgründungszeit über die Zentrums-Partei, um im protestantisch dominierten borussischen Kleindeutschland seine Interessen zu wahren und sich gegen den Anspruch des Kulturprotestantismus auf Definition der „Leitkultur“ im Kaiserreich behaupten zu können.

Aus der Geschichte im kleindeutschen Reich, einschließlich des Bekenntnischristentums seit 1934, ist zu lernen: Die liberale Ordnung eines Gemeinwesens und der Liberalismus als Ordnungsprinzip für Gesellschaft, politisches System und Regierung (nicht aber als Partei!) waren dem Protestantismus zutiefst fremd. Im Kern war es ihm nicht gegeben, zwischen Kirche und theologischer Verkündigung hier und pluralistischer Gesellschaft dort zu differenzieren. Daraus erklärt sich die Neigung zur Orientierung auf einheitliche Ordnungsmuster, sei es die Monarchie mit dem *summus episcopus*, sei es die Volksgemeinschaft mit dem säkularen Führer als Verkörperung des Gesamtwillens der Volks-

gemeinschaft. Die Kategorie „Pluralismus“ blieb den deutschen Protestanten bis in die 1960er Jahre fremd und beraubte sie der Chance, staatsbürgerliche Toleranz und politischen *common sense* aus evangelischer Überzeugung praktizieren zu können. Vielleicht hängt damit zusammen, dass das Machtinteresse protestantischer Gruppen oder Einzelner oftmals eifernde Züge aufwies, die dem Katholizismus bei seiner entschiedenen Orientierung an politischer Macht in der Gesellschaft fremd waren.

Michael Klein bietet sorgsam gegliederte und umsichtig präsentierte Informationen über die Entstehung dieser Konstellation und deren Problemgeschichte in der Ära Adenauer. Er skizziert in einem ersten Teil die Entwicklungslinien aus dem 19. Jahrhundert bis 1945 und wendet sich dann im zentralen zweiten Teil dem Geschehen in den Westzonen und der Bundesrepublik zu. Den Schwerpunkt legt er mit gutem Grund auf das Verhältnis von Protestantismus und Unionsparteien, um dies dann an Heinemanns Gesamtdeutscher Volkspartei (GVP) und dem Weg des politischen Protestantismus in die SPD zu spiegeln. „Letztlich war die ablehnende Haltung zur CDU (...) ein Ergebnis der barthianischen Theologie und der in ihr vorgenommenen Verhältnisbestimmung von Protestantismus und Kultur, die bekanntermaßen auf eine Diastase hinauslief“ (S. 393), schreibt er im abschließenden Kapitel über Evangelische Kirche und Theologie in ihrer Haltung zu den Parteien.

Kennzeichen der Arbeit sind der sorgfältige Tatsachenbericht und die umsichtige Präsentation theologischer Positionen. Eine theoretische Reflexion über die Funktion von Parteien in der Gesellschaft unterbleibt jedoch, so dass die Phänomene des Wandels in sozialökonomischer und politischer Hinsicht – Industrialisierung und Parlamentarisierung – nur über den Begriff der „Modernisierung“ ins Gesichtsfeld kommen. Dass in der Moderne seit der Hochindustrialisierung eine zunehmende gesellschaftliche Pluralisierung zu beobachten ist und der *Pluralismus* die zentrale Kategorie für das Verständnis von Parteien und Parteiendemokratie im Kontext der „Modernisierung“ bildet, wird nicht systematisch akzentuiert. Pluralismus und liberale Gesellschaft bedingen einander jedoch, und der sozialkulturelle, ideologisch begründete Ekel des deutschen Protestantismus vor einer liberalen Ausdifferenzierung der sozialen Welt hat bis über die Schwelle von 1960 dazu beigetragen, einen beträchtlichen Teil des westdeutschen Protestantismus auf Distanz zu den politischen Gegebenheiten der Adenauerära zu halten.